

KFN verschickt Fragebogen zu Angriffen auf Polizei

In diesem Herbst wird das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) mit dem Versand von Fragebögen an Polizeibeamte und -beamtinnen beginnen, die in den letzten Jahren Opfer von gewaltsamen Angriffen geworden sind. Diese Befragung soll u. a. Aufschlüsse darüber geben, ob und wie sich in den letzten Jahren die Gefährdungslage für Polizisten und Polizistinnen in der Bundesrepublik verändert hat, wie solche Gefährdungssituationen zu beschreiben sind, wie sie von den Betroffenen verarbeitet wurden und - vor allem - wie Empfehlungen der Befragten für Verbesserungen zur künftigen Vermeidung von Verletzungen oder gar von Todesfällen aussehen könnten. Die Studie wird zu großen Teilen von der Innenministerkonferenz der Länder und der GdP finanziert. DEUTSCHE POLIZEI berichtete.

Die tödlichen Schüsse auf die Dortmunder Polizeibeamten im Sommer 2000 und die danach in der Öffentlichkeit erörterten Fragen haben bewusst gemacht, dass es in Deutschland keine aktuellen wissenschaftlich abgesicherten Erkenntnisse zu Tötungsdelikten gegen Polizeibeamtinnen und -beamte gibt. Auch schwere Gewalttaten, die gegen Polizeibeamtinnen und -beamte verübt wurden, sind seit sechs Jahren nicht mehr bundesweit systematisch erfasst und analysiert worden. Die letzte derartige bundesweite Untersuchung wurde im Jahr 1994 von der Polizei-Führungsakademie verfasst. Sie bezog sich auf Angriffe auf Polizeibeamte, die im Jahr 1992 zu einer mehr als siebentägigen Dienstunfähigkeit des Opfers geführt haben. Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (Hannover) will an diese Tradition anknüpfen und wird in einem ersten Schritt eine repräsentative Auswahl von Beamtinnen und Beamten befragen, die seit 1995 Opfer von Angriffen geworden sind und danach für längere Zeit dienstunfähig waren.

Auf diese Weise kann jedoch die Gesamtheit aller Tötungsversuche an Polizeibeamtinnen und -beamten nur unzureichend erfasst werden. Es würden solche versuchten Tötungsdelikte völlig ausgeblendet bleiben, die das Angriffsziel verfehlt haben. Gerade diese Fälle sollen jedoch aus Sicht des KFN einen Schwerpunkt der Untersuchung bilden, weil erst sie erkennen lassen, was zum glücklichen Ausgang beigetragen hat. War es Zufall? Hat der Täter beispielsweise knapp daneben geschossen? Oder beruhte der Fehlschlag des Täters auf einem geschickten Agieren oder einer guten Ausbildung der Polizeibeamtin oder des Polizeibeamten, die beziehungsweise der dem Angriff erfolgreich ausweichen und den Täter vor einem erneuten Tötungsversuch überwältigen konnte? Oder war es die Ausrüstung mit einer kugelsicheren Weste, die den sonst tödlichen Schuss abgefangen hat?

Aus diesem Grund sollen auch alle versuchten und vollendeten vorsätzlichen Tötungsdelikte gegen Polizeibeamte in das Projekt einbezogen werden, die sich seit Mitte der 80er Jahre ereignet haben. Zeitlich so weit zurückzugehen, ist aus Sicht des KFN notwendig, um zahlenmäßig ausreichend Fälle in der Analyse berücksichtigen zu können. Ein Großteil der Fälle liegt damit zwar lange zurück, aber erst auf diese Weise kann es gelingen, im Rahmen der Datenerhebung eine größere Zahl von vollendeten Tötungsdelikten zu erfassen und sie zum Beispiel mit den Fällen versuchter Tötungen aus demselben Jahr systematisch zu vergleichen. Ausschlaggebendes Kriterium für den Vorwurf einer Tötungsabsicht ist die rechtliche Bewertung durch die den Vorfall bearbeitende Polizeidienststelle. Die Rekonstruktion der vollendeten Tötungsdelikte kann selbstverständlich nur mit den Ermittlungs- und Gerichtsakten erfolgen.

Breites Spektrum an Fällen einbeziehen

Das KFN hofft, auf diese Weise ein breites Fallspektrum in die Analyse einbeziehen zu können. Ein weiterer Grund für die Berücksichtigung eines so langen Zeitraums ergibt sich aus der Entwicklung der polizeilich registrierten Gewaltkriminalität in Deutschland: Sie hat in der zweiten Hälfte der 80er Jahre leicht abgenommen. Ab 1990 ist sie dann jedoch bis Ende der 90er Jahre pro 100.000 Einwohner um circa 30 Prozent angestiegen. Die Zahl der Tötungsdelikte ist dagegen in dem gesamten hier betrachteten Zeitraum weitgehend konstant geblieben. Ob Letzteres freilich auch in Bezug auf Polizeibeamte gilt, erscheint zweifelhaft. So könnten sich ihre Risiken, in Tötungsabsicht angegriffen zu werden, erhöht haben, weil Polizeibeamte die Aufgabe haben, in Konfliktsituationen einzuschreiten. Deren Zahl hat jedoch nach den Daten der PKS deutlich zugenommen und ebenso die Zahl der Tatverdächtigen, die Schusswaffen mit sich führen. Das KFN hält es deshalb für sinnvoll, im Rahmen des Projektes die Tötungsdelikte gegen Polizeibeamtinnen und -beamte bereits ab etwa Mitte der 80er Jahre zu erfassen. Auf diese Weise kann die Studie auch Erkenntnisse aus einer Zeit gewinnen, die vor der Öffnung der Grenzen nach Osteuropa lag.

Im Fragebogen werden somit u. a. Antworten zu folgenden Fragekomplexen erbeten:

- Welches sind die Risikosituationen, aus denen heraus sich Angriffe gegen Polizeibeamte entwickelt haben?
- Auf welche Weise hat der Täter beziehungsweise haben die Täter den oder die Polizeibeamten angegriffen?
- Welche Merkmale weisen die Täter auf (Alter, Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, sozialer Status, bisherige kriminelle Karriere usw.)?
- Welche Besonderheiten ergeben sich im Hinblick auf die Person und die dienstliche Aufgabe der Opfer?
- Wie waren die Beamten und Beamtinnen ausgebildet und ausgerüstet?
- Welche technischen Mittel der Eigensicherung standen ihnen zur Verfügung? Wie haben diese zum Schutz der Beamten beigetragen? Wären Verletzungsfolgen bei einer besseren Ausrüstung geringer ausgefallen?
- Haben die Beamtinnen beziehungsweise die Beamten durch ihr Verhalten dazu beigetragen, das Risiko eines tödlichen Angriffs beziehungsweise das Ausmaß der erlittenen Verletzung zu mindern oder zu erhöhen?
- Wie beurteilen Polizeibeamte und -beamtinnen, die Opfer einer versuchten Tötung oder einer schweren Gewalttat waren, rückblickend das Geschehen und ihr eigenes Verhalten vor, während und nach der Tat?
- Was empfehlen sie gestützt auf ihre persönlichen Erfahrungen im Hinblick auf die technische Ausrüstung ?
- Welche Ratschläge erteilen sie zum Verhalten in derartigen Risikosituationen?
- Wie haben die Opfer die psychischen Belastungen verarbeitet, denen sie durch den in Tötungsabsicht durchgeführten Angriff oder die schwere Gewalttat ausgesetzt waren?

Anonymität ist sichergestellt

Die Befragungen und Auswertungen werden strikt im Schutze der Anonymität erfolgen. Eine Identifikation einzelner Beamter ist in den Ergebnisdarstellungen in keinem Falle möglich. Der Erfolg

der Befragung hängt dabei in besonderem Maße von der Bereitschaft der Beamtinnen und Beamten ab, sich an der Befragung zahlreich, engagiert und offen (bis hin zur Kritik des eigenen Verhaltens) zu beteiligen. Über die Befragungen hinaus sollen im Rahmen des Projekts - wie bereits erwähnt - Analysen von Akten der Staatsanwaltschaften und der Gerichte erfolgen. Geplant ist auch eine Befragung von Hinterbliebenen von getöteten Beamten und Beamtinnen - dies vor allem mit Blick auf deren Beurteilung der staatlichen Hilfe und Unterstützung nach dem Verlust des Partners oder des nahen Verwandten.

Verantwortlich für die Studie ist beim KFN der Direktor des Instituts, Prof. Dr. Christian Pfeiffer, als Projektleiter fungiert PD Dr. Thomas Ohlemacher. Mit den ersten Ergebnissen ist - vorausgesetzt eine zügige Umsetzung der geplanten Vorhaben - im Laufe des Jahres 2001 zu rechnen.

(aus [DEUTSCHE POLIZEI 10/2000](#))